

Schutz für den Wolf und vor dem Wolf

VON SINA ZEHRFELD

Das der Wolf nach Nordrhein-Westfalen zurückgekehrt ist, ist eine gute Sache und ein Fortschritt. Man muss es immer wieder erwähnen, weil es angesichts der durchaus bedeutenden Problemlagen sonst untergeht: Dass Arten wiederkommen, ist Sinn und Ziel des Umweltschutzes. Wir betreiben nicht mit Mühe und Aufwand Naturschutz, um es verblüfft zu bereuen, sobald die Sache Erfolge zeigt. Allerdings ist in der Vergangenheit auch viel falsch gemacht worden, und daraus sollte man lernen. Als die Niederrhein-Wölfin ins Wolfsgebiet Schermbeck kam, entwickelte der Herdenschutz sich schleppend. Das Raubtier setzte erst über niedrigere Zäune, dann über höhere Zäune, erst attackierte es Schafe, später Shetland-Ponys, dann im Rudel auch größere Kleinpferde. Bei Tierhaltern wuchs die Wut, weil sie die Vorschriften für den Herdenschutz wirklichkeitsfremd fanden, weil sie ewig auf Fördermittel warten mussten, weil Entschädigungen nicht flossen und auch nicht ausreichten.

Wenn nun ein Wolfsrudel im Bereich zwischen Reken und Haltern am See sein Territorium finden könnte, und sei es nur „vielleicht“ oder „wahrscheinlich“, dann muss es jetzt schnell gehen. Das Umweltministerium muss rasch ein Wolfsgebiet und eine neue Pufferzone ausweisen. Und es muss Herdenschutz her, und zwar prompt. Bevor der Wolf lernt, dass hinter Zäunen leichte Beute wartet, müssen diese gerüstet sein: hoch genug, elektrifiziert, sicher aufgestellt. Dazu braucht es Beratung. Um die Bevölkerung diesmal „mitzunehmen“, sollten Land, Kreise und Landwirtschaftskammer dabei kooperieren: Sie sollten jetzt gezielt auf die Tierhalter zugehen, statt darauf zu warten, dass diese selbst um Hilfe ersuchen. Vor allem um Hobby-Halter geht es, die womöglich vor Aufwand zurückschrecken. Die Fehler vom Niederrhein dürfen sich in Münsterland und Ruhrgebiet nicht wiederholen.

„Weiter so“ geht nicht bei der Rente

VON MARTIN KESSLER

Die Rentenversicherung funktioniert nach den Gesetzen der Mathematik und nicht der Politik. Und die Arithmetik sagt, dass bei schrumpfender Bevölkerung und steigender Lebenserwartung nicht alles weitergehen kann wie bisher, wenn das Verhältnis zwischen Renten und Erwerbseinkommen bei dauerhaft 48 Prozent liegen soll. Wer das Rentenalter bei 67 Jahren halten will wie die Ampelkoalition, der muss ein Sinken des Rentenniveaus oder steigende Beiträge hinnehmen. Es ist also grundsätzlich richtig, wenn Gesamtmetall-Präsident Stefan Wolf fordert, das Rentenalter auf 70 anzuheben.

Trotzdem ist der Ansatz falsch. Denn die Welt hat sich verändert. Die Arbeitenden wollen sich nicht mehr über einen Kamm scheren lassen. Wer auf dem Bau, in einer Klinik oder in einem Chemiewerk schuftet, der oder die ist mit Anfang 60 reif für die Rente. Andere können wie viele Selbstständige bis ins hohe Alter ihrer Tätigkeit nachgehen, sofern sie gesund bleiben. Ein höheres Rentenalter muss deshalb mit einer höheren Flexibilität einhergehen. Das unterschlägt der Präsident der Metallarbeitgeber. Rente mit 69 oder 70 Jahren kann also nur ein Durchschnittswert sein.

Sodann ist die Formel zu simpel. Da die steigende Lebenserwartung eine entscheidende Größe für das künftige Rentenalter ist, müssen beide in eine Beziehung zueinander gebracht werden. Der Vorschlag der Bundesbank ist hier wegweisend: Die Währungshüter empfehlen, bei höherer Lebenserwartung die Altersgrenze entsprechend heraufzusetzen. Allerdings soll das nur zu zwei Dritteln erfolgen, während ein Drittel in einen längeren Rentenbezug münden soll.

Als letzte Möglichkeit könnte eine leichte Senkung des Rentenniveaus bei leicht steigenden Beitragssätzen diskutiert werden. Denn wenn die Löhne auch in Zukunft kräftig steigen, sind höhere Renten möglich. Was nicht geht, ist ein „Weiter so“.



DER GRÜNE ZWEIG

RP-KARIKATUR: NIK EBERT

ANALYSE Die USA haben Aiman al-Sawahiri getötet, den Anführer des Terrornetzwerks und Nachfolger Osama bin Ladens. Er war so etwas wie der Konkursverwalter der Organisation. Gefahr besteht dennoch weiterhin.

Die Reste von Al-Kaida

VON THOMAS SEIBERT
UND THOMAS SPANG

Aiman al-Sawahiri war der Konkursverwalter von Al-Kaida. In den elf Jahren seit dem Tod von Gründer Osama bin Laden konnte Sawahiri das Terrornetzwerk zwar größtenteils zusammenhalten, seinen Niedergang aber nicht verhindern. Nun haben die USA ihn mit zwei Raketen in seinem Versteck in Kabul getötet; US-Präsident Joe Biden bestätigte das offiziell. „Egal wie lange es dauert, egal wo Sie sich verstecken – wenn Sie eine Gefahr für unser Volk sind, werden die Vereinigten Staaten Sie aufspüren und ausschalten“, sagte Biden in einer kurzen Fernsehansprache. Er hielt sie ähnlich knapp wie Barack Obama, als er die Amerikaner vor elf Jahren über die geheime Kommandoaktion gegen Osama bin Laden in Pakistan unterrichtete.

Sawahiri galt zwar als strategischer Kopf der Gruppe, doch ihm fehlte das Charisma bin Ladens. Er wurde seit Jahren von den Vereinigten Staaten gejagt und wagte sich deshalb kaum aus der Deckung. Dass es für den 71-Jährigen vor allem ums eigene Überleben ging, war ein Erfolg der westlichen Anti-Terror-Strategie. Sicherheitskräfte der USA und anderer Länder töteten in den vergangenen Jahren mehrere hochrangige Al-Kaida-Funktionäre in ihren Verstecken. Darunter war Sawahiris Stellvertreter Abu Mohamed al-Masri, der vor zwei Jahren in der iranischen Hauptstadt Teheran erschossen wurde – wahrscheinlich von israelischen Agenten im Auftrag Washingtons.

Der Verfolgungsdruck erschwert die Kommunikation zwischen der Al-Kaida-Führung und lokalen Organisationen. An große Terroranschläge auf den Westen wie die Anschläge vom 11. September 2001 war für Sawahiri nicht zu

denken. Dieser Druck wird nicht nachlassen: Der Drohnenangriff des amerikanischen Geheimdienstes auf Sawahiri in der afghanischen Hauptstadt Kabul war auch ein Signal an andere Anführer.

Unter Experten ist ein Vorgehen wie am vergangenen Wochenende als Teil einer „Over the Horizon“-Strategie bekannt. Die USA hätten verstanden, so der frühere Direktor des Auslandsgeheimdienstes CIA, Michael Morell, „dass es keine gute Idee ist, große Armeen zu stationieren, weil diese Anreize schaffen, Terrororganisationen beizutreten“. Die Kombination aus geheimdienstlicher Aufklärung und Nutzung von Kampfdrohnen sei viel effektiver.

Der unter Regie der CIA durchgeführte Schlag gegen Sawahiri beweist nach Ansicht von Asfandyar Mir vom United States Institute of Peace, dass die USA auch ohne Truppen vor Ort „Gefahren erkennen und rechtzeitig ausschalten können“. Aber es bleibt bedenklich, „dass sich Al-Kaida unter Aufsicht der Taliban dort festsetzen und wachsen konnte“.

Unter diesem Druck sei es für die Führung von Al-Kaida „schwierig, wenn nicht unmöglich, eine globale Terrororganisation zu leiten“, sagt der Terrorismus-Experte Daniel Byman von der US-Denkfabrik Brookings Institution. Bymans Kollege Charles Lister vom Nahost-Institut in Washington kommentiert, der Anschlag auf Sawahiri könnte die „Totenglocke“ für Al-Kaida als globale Organisation gewesen sein. Nach dem erfolgreichen Schlag sollen Kräfte, die den Taliban nahe stehen, versucht haben zu verschleiern, wem der Angriff gegolten hatte.

Schon zu Sawahiris Lebzeiten verlor die Zentrale viel Einfluss auf Ableger des Terrornetzwerks. In Syrien sagte sich die Nusra-Front von Al-Kaida los, ohne dass Sawahiri das verhindern konnte. Der Is-

INFO

Getötet auf dem Balkon seiner Zufluchtsstätte

Hergang In Kabul setzten zwei von einer US-Kampfdrohne abgefeuerte Raketen vom Typ Hellfire dem Leben von Aiman al-Sawahiri ein Ende. Der Terrorist hatte in einem zentralen Viertel Kabuls Unterschlupf gefunden. Dort wurde er aufgespürt und am Samstagabend Ortszeit getötet, als er auf den Balkon des Hauses getreten sei. Keiner von Sawahiris Familienangehörigen, die sich mit ihm in dem Haus aufgehalten hätten, sei verletzt worden, teilten die Vereinigten Staaten mit.

Planung Die waghalsige Anti-Terror-Operation war über viele Monate vorbereitet worden. Geheimdienstmitarbeiter hatten eigens ein Modell des geheimen Unterschlupfs gebaut, in dem Sawahiri geortet worden war, und es US-Präsident Joe Biden im Lageraum des Weißen Hauses präsentiert. Sie wussten, dass Sawahiri gern auf dem Balkon seines Zufluchtsorts saß. Und sie waren sicher, dass er sich auf dem Balkon aufhielt, als die Raketen unterwegs waren, wie aus Geheimdienstkreisen verlautete.

Belohnung Die Vereinigten Staaten hatten ein Kopfgeld von 25 Millionen Dollar (rund 24,4 Millionen Euro) auf Sawahiri ausgesetzt. (ap/dpa)



Aiman al-Sawahiri auf einem Fernsehbild aus dem Jahr 2006. FOTO: DPA

lamische Staat (IS) wurde für Al-Kaida zur Konkurrenz, bis das „Kalifat“ des IS kollabierte und auch seine Anführer von den USA ins Visier genommen wurden. So entstand ein „lokales Modell des Dschihad“, wie Lister es nennt. Kleinere Gruppen, auf sich allein gestellt, fühlen sich nicht mehr an Anweisungen einer entfernten Zentrale gebunden.

Wer nach Sawahiri neuer Chef von Al-Kaida wird, ist offen. Lister sieht den Ägypter Saif al-Adel als aussichtsreichsten Kandidaten. Adel lebte lange im Iran; nach einigen Berichten ist er immer noch dort, nach anderen Informationen hält er sich heute in Afghanistan auf. Adel sei wegen seiner Verbindung zum Iran in der Organisation umstritten, sagt Lister: Der schiitische Iran ist ein Gegner der sunnitischen Extremisten von Al-Kaida, toleriert aber die Anwesenheit von Al-Kaida-Vertretern im Land, weil die Terrororganisation dafür auf Anschläge im Iran verzichtet. Ein anderer Aspirant ist Ahmed Umar, Anführer von Al-Schabaab, dem Ableger von Al-Kaida in Somalia. Auch Sawahiris Schwiegersohn Abdel Rahman al-Magrebi dürfte Chancen auf den Al-Kaida-Chefposten haben. Der Marokkaner, ein in Deutschland ausgebildeter Software-Experte, führt die Mediengruppe von Al-Kaida, Al-Sahab.

Der neue Chef wird damit leben müssen, dass sein Wort weniger gilt, als das bei bin Laden der Fall war. Die Zentrifugalkräfte bei Al-Kaida bedeuten aber nicht, dass die Terrorgefahr sinkt. Al-Schabaab tötete bei einem Anschlag vor einigen Monaten mindestens 30 Soldaten der Afrikanischen Union. Die Al-Kaida-Organisation auf der Arabischen Halbinsel (AQAP) organisierte vor drei Jahren einen Anschlag in den Vereinigten Staaten: Ein saudisches AQAP-Mitglied erschoss auf einem Stützpunkt der US-Marine in Florida drei Seeleute. Auch von der Al-Kaida-Zentrale könnte neue Gefahr ausgehen, denn der künftige Anführer könnte versuchen, seine Führungsposition mit einem Anschlag im Westen zu festigen.

WISSENSDRANG

Seit Kurzem haben wir wieder eine Diskriminierungsbeauftragte des Bundes. Darum gab es Streit. Manche meinen, so eine Position wäre vor Jahrzehnten nötig gewesen, als Frauen noch als Stütze der Männer betrachtet wurden, Schwule als Menschen, die es nicht geben sollte, und Türken als primitive Knoblauchesser. Heute sei die Position überflüssig, weil es keine Diskriminierung von Frauen oder Minderheiten mehr gebe. Eher verleite die Position dazu, im Namen der Gleichstellung das Leistungsprinzip auszuhebeln und jede Ungleichheit als Diskriminierung misszuverstehen. Nun lautet das Paradox des moralischen Bewusstseins: Wo das Problem am größten ist, geht das Problembewusstsein gegen null. Wenn umge-

Das Paradox der Diskriminierung

Wo ein Problem am größten ist, ist das Bewusstsein dafür am kleinsten.



MARIA-SIBYLLA LOTTER

kehrt ein hohes Problembewusstsein da ist, muss man das Problem mitunter mit der Lupe suchen. Das Amt einer Diskriminierungsbeauftragten hätte nicht eingerichtet werden können, als Diskriminierung noch selbstverständlich zum eigenen Weltverständnis gehörte. Wer ein solches Amt vorgeschlagen hätte, hätte keine Chance gehabt, sich gegen den „gesunden Menschenverstand“ der Mehrheit durchzusetzen. Das wird erst möglich, wenn die große Mehrheit der Bevölkerung es zumindest theoretisch ablehnt, Menschen aufgrund ihres Geschlechts, ihrer Hautfarbe, ihrer Herkunft und so weiter bei der Wohnungs- oder Arbeitssuche zu benachteiligen. Wenn es möglich wird, das Amt einer Diskriminierungsbeauftragten einzurichten, scheint es

nicht mehr nötig zu sein. Aber der Schein trügt. Dass heute die meisten glauben, Diskriminierung abzulehnen, bedeutet nicht, dass es sie nicht mehr gibt oder dass nicht neue entsteht. In manchen Kreisen ist es immer noch normal, nicht an Türken oder arabische Immigranten zu vermieten. Gleichzeitig hat mit der Migration aus arabischen Ländern auch die Schikanierung jüdischer Kinder an Schulen zugenommen. Die Diskriminierungsbeauftragte findet sehr reale Probleme vor. Hoffentlich wird sie ihnen nicht durch Flucht in Scheinprobleme ausweichen.

Unsere Autorin ist Philosophie-Professorin an der Ruhr-Universität Bochum. Sie wechselt sich hier mit der Infektionsbiologin Gabriele Pradel ab.